

Neues Pester Journal.

Abonnement:
Jahrl. fl. 14, halbj. fl. 7, viertelj. fl. 3.50, monatlich fl. 1.20.
Erscheint täglich, auch an Montagen.

Eigenthümer: Sigmund Bródy.

Einzelne Nummern in Budapest 4 kr., in der Provinz 5 kr.
Redaktion und Administration:
5. Bezirk, Wälgner-Boulevard Nr. 34.

Die Staatsfinanzen.

Wir sind endlich beim letzten Abschnitte der Budgetdebatte angelangt. Das Abgeordnetenhaus konnte heute die Verhandlung des Voranschlags des Finanzministeriums beginnen. Der größte Theil der Staatseinnahmen erscheint nämlich im Voranschlage dieses Ministeriums und aus diesem Grunde wird dieser Theil des Budgets, welcher die Bedeckung des Staatshaushaltes enthält, zuletzt verhandelt. Die Staatsfinanzen bilden bekanntlich den Glanzpunkt der Politik des Ministeriums Weyerle. Dem gegenwärtigen Premier gebührt das Verdienst, nach den bereits durch Tisza getroffenen vorbereitenden Schritten das Werk der finanziellen Rekonstruktion vollendet zu haben. Diesem Werk soll durch die Einführung der Goldwährung, durch die Schaffung einer gesunden Geldcirculation die Krone aufgesetzt werden. Fast das ganze Interesse des großen Publikums für die Staatsfinanzen konzentriert sich heute auf die Valutfrage. Die Menschen sind nun einmal für Leistungen auf politischem Gebiete undankbar. Wer spricht heute noch davon, daß wir vor wenigen Jahren noch mit einem großen Defizit zu kämpfen hatten? Niemand denkt mehr an die Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, bevor wir zum gegenwärtigen befriedigenden Zustande gelangten. Die Blicke sind auf die Zukunft gerichtet, das Sinnen und Trachten ist dem Genusse der Gegenwart zugewendet. Die Forderungen auf allen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens setzen mit erhöhter Energie auf — eine Erscheinung, welche nach langjähriger strenger Diät wohl thätig ist, nichtsdestoweniger die staatsmännische Festigkeit des Ministerpräsidenten und Finanzministers auf eine ernste Probe stellt. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Last der Verantwortlichkeit für die Erhaltung, ja weitere Festigung der guten Finanzlage heute fast einzig und allein auf den Schultern Dr. Weyerle's ruht. Das große Publikum — und nachgerade die ganze Legislative muß hinsichtlich der Finanzfragen zum großen Publikum gezählt werden — hat sich aus der überaus lehrreichen Finanzgeschichte der letzten Jahre einen Satz gemerkt: daß nunmehr Alles in Ordnung sei, daß unsere Finanzen glänzend stehen, daß unser Staatskredit den Vergleich mit jenem anderer Kulturstaaten nicht mehr zu scheuen brauche. Der Finanzminister muß natürlich weiter blicken und mit den Chancen der Zukunft rechnen. Zum Glück ist der Leiter un-

serer Staatsfinanzen ein Mann von weitem Blicke und kühler Berechnung. Er gehört nicht in die Kategorie jener leichtblütigen Phantasiemenschen, welche in schweren Zeiten verzagen, im Glücke aber den Kopf verlieren. Daß Weyerle als Kabinettschef zugleich das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Ressorts zu wahren berufen ist und seiner Stellung gemäß als der Regulator des ganzen Ausgabe-Stats fungiren kann, ist in der gegenwärtigen Periode unserer finanzpolitischen Entwicklung allerdings ein Vortheil. Denn wir befinden uns derzeit noch insofern in einer Uebergangsperiode, als die an sich wohlberechtigten neuen Bedürfnisse des Staates und der Gesellschaft im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Staatsfinanzen festgehalten werden müssen.

Das Budget schließt bekanntlich derzeit bedeutend aktiv, wie dies die Rechnungsabschlüsse und die Gebahrungsausweise zeigen. Die Resultate sind günstiger als der Voranschlag, welcher auch pro 1893 bloß einen nominellen Ueberschuß von einigen Tausend Gulden aufweist. Die Finanzpolitik dreht sich gegenwärtig um zwei Pole, deren einer die Vorbereitung der Aufnahme der Baarzahlungen bildet, während der andere die rechtzeitige Vorsorge für die unanschieblichen Mehrforderungen der nächsten Jahre ist. Die kleine Gravamindebatte, welche heute anläßlich des Budgets des Finanzministeriums begann und vielleicht noch einige Zeit fortgesetzt werden dürfte, besitzt nur ein relativ geringes Interesse. So weit wir die Gewohnheiten des Herrn Finanzministers kennen, glauben wir prognostizieren zu dürfen, daß er auf die vorgebrachten Beschwerden der einzelnen Redner eine detaillierte Antwort nicht schuldig bleiben werde. In vielen Dingen haben übrigens diejenigen, welche gegen unsere gegenwärtige Finanzverwaltung Klage führen — dies wird auch der Herr Finanzminister zugeben — nicht Unrecht! Das Gebahren der Finanzverwaltung ist vielleicht um Einiges besser als ehemals, doch fehlt dasselbe noch immer nicht auf der Höhe der Bedürfnisse und berechtigten Forderungen des Publikums. Mit den Finanzorganen, namentlich in Steuer- und Gebührenangelegenheiten, zu thun zu haben, gehört eben nicht zu den Vergnügungen des irdischen Daseins. Auch in Regalienangelegenheiten hat das Publikum von der nicht immer parteilosen Haltung der untergeordneten Organe viel zu leiden. Der Risus zur Ausübung eines ungerechtfertigten Druckes und zur Ueberschreitung ihrer Befugnisse ist in der mit dem Publikum

ausschließlich in Berührung kommenden untersten Sphäre des Finanzdienstes vorhanden. Die günstigen Resultate, welche die Spiritussteuer und die Schanksteuer aufweisen, sind nur durch einen fiskalischen Druck ermöglicht, den das Publikum oft schwer empfindet.

Die Klagen, welche gegen einzelne Zweige des Finanzdienstes laut werden, sind also durchaus nicht leicht zu nehmen. Doch bilden sie natürlich nur untergeordnete Momente in der Reihe der großen, schwerwiegenden Aufgaben, vor welchen unsere Staatsfinanzen stehen. Da ist zunächst der noch nicht erledigte Theil des Valutaproblems. Die Konversion der fünfprozentigen Staatsanleihe ist bei uns und in Oesterreich glänzend gelungen. Auch die Goldbeschaffung geht ungehindert von statten. Die Summe von 312 Millionen Gulden, welche zur Einlösung der Staatsnoten erforderlich ist, steht schon nahezu gänzlich zur Verfügung der beiden Finanzverwaltungen. Doch geben die ungünstigen Devisenkurse zu Beforgnissen Anlaß, da sie uns an die Schwierigkeiten mahnen, welche nach Aufnahme der Baarzahlungen zu überwinden sein werden, um das Hinausströmen unseres Goldes zu verhindern. Es ist unbestreitbar, daß eine aktive Zahlungsbilanz eine unentbehrliche Bedingung der dauernden Behauptung unseres Goldbesitzes ist. Sollte die nächste Ernte ungünstig ausfallen, so könnte unsere Zahlungsbilanz, welche in den letzten Jahren dauernd aktiv war, sich wieder passiv gestalten — eine Eventualität, welche die definitive Lösung unseres Valutaproblems erschweren würde. Wenn der Herr Ministerpräsident und Finanzminister demnächst im Abgeordnetenhaus das Wort ergreifen wird, so wird er wohl nicht umhin können, über diese Momente der finanziellen Situation ebenfalls sich zu äußern. Hoffentlich werden seine Äußerungen das Publikum darüber beruhigen, daß die beiden Finanzminister der Verschlechterung der Devisenkurse nicht ungerüstet und unthätig zusehen.

Auch über die andere große Aufgabe der ungarischen Finanzpolitik, welche darin besteht, die finanziellen Hilfsmittel des Staates weiter zu entwickeln, damit das Gleichgewicht durch die zu gewärtigenden Mehrforderungen der kommenden Jahre nicht im mindesten gestört werde, erwartet die öffentliche Meinung von unserem leitenden Staatsmann orientirende Aufklärungen. Die Steuerreform ist weder bloß ein theoretisches, noch ein bloß vom Standpunkte des Publikums notwendiges Postulat. Die gerechte Vertheilung der Lasten ist zugleich die

Aus dem alten Pest.

— Das Pester bürgerliche Infanteriekorps. —
(Original-Genelition des „Neuen Pester Journal“.)

Ist es Zufall oder ein Zeichen der Zeit, daß während heute in Budapest ein Veteranenverein nach dem anderen gegründet wird, vor einem halben Jahrhundert die Errichtung von Bürgermilizen mit Eifer betrieben wurde? Notabene war dies lange vor dem Freiheitskampfe, der nicht einmal noch seine Schatten vorauswarf, zu einer Zeit, da Dynastie und Nation in schönster Eintracht zusammenwirkten, um die Erstarkung Ungarns in politischer und volkswirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen. Freilich damals „starrte Europa noch nicht in Waffen“ und die allgemeine Wehrpflicht war noch ein unbekanntes Ding. Die militärische Uniform war denn auch seltener als heute, und wenn man auch eine Scheu davor hatte, dem stehenden Heere anzugehören, so trug man doch Verlangen nach dem prächtigen Waffenrock, der sich — in Friedenszeiten! — so schön präsentirt und in welchem man der Menge so leicht imponiren kann. Im Grunde genommen aber war das Bürgermilizwesen ebenso ein Spiel für Erwachsene, wie heute das vielleicht mit weniger Aplomb, aber mit umso mehr Geräusch aufretende Veteranenwesen.

Vor fünfzig Jahren besaß Pest ein aus drei Kompagnien bestehendes „Scharfschützenkorps“ mit zusammen 271 Mitgliedern, „bürgerliche Dragoner“

mit 109 Mitgliedern und „bürgerliche Husaren“ mit 43 Mitgliedern; Ofen hatte je eine Kompagnie Bürgermiliz in der Wasserstadt, im Taban, in der Christinenstadt, auf der Landstraße, in der Neustadt und in der Festung, sowie Husaren mit insgesammt 497 Mitgliedern. Dieser Status genügte aber der damaligen Pester Bürgerschaft nicht und die Edelsten derselben, Allen voran der zweite Bürgermeister Leopold von Kottenbiller, hielten es für dringend geboten, ein „ungarisches Bürger-Infanteriekorps“ ins Leben zu rufen, richtiger zu erneuern, da eines früher einmal bereits bestanden hatte. Kottenbiller ließ in dieser Angelegenheit unter den einflußreichsten Bürgern ein „Album“ — heute würde man Memorandum sagen — circuliren, welches alsbald 158 Subskribenten aufwies, und schon in der ersten Versammlung, die am 4. März 1844 abgehalten wurde, erschien der bürgerliche Schneidermeister Herr Kaspar Thot in der von Einigen projektierten Abjuration: im grünen Attila, weißen Csákó und hochrothen Pantalons. In der zweiten Versammlung, am 10. März, wurde endgiltig die folgende Abjuration vereinbart: schwarzer Csákó, grüner Attila mit Goldschnüren und kirchrothe, goldbordirte Pantalons. Die Abjurationskosten wurden mit „100 fl. Münze“ festgestellt; weniger wohlhabende Mitglieder konnten diesen Betrag in 18 Monatsraten begleichen. (Man sieht, das Datenwesen ist nicht neuesten Datums.) Schon am 28. April, nachdem sich 183 Mitglieder subskribirt hatten, konnte die Offizierswahl vorgenommen werden; an der Spitze des Stabes finden wir als

Divisionskommandanten mit Hauptmannsrang Herrn Stephan v. Rádósy; mit diesem im gleichen Rang standen der Divisionskassaverwalter Herr Johann Mitterdorfer, der Auditor Herr Konstantin von Terczi und der Divisionsarzt Herr Joseph v. Bölha. Zum Stab gehörten auch „dreißig Spielleute“. Die Abjuration der Musikbanda versah das „löbliche Offizierskorps“ aus eigenen Mitteln; sie kostete die „bedeutende“ Summe von 4300 fl. Münze — „eine gewiß großmüthige Spende des Offizierskorps, die (wie der damalige Chronist sich ausdrückt) in den Annalen des erneuerten Korps stets Bewunderung erregen wird“. Eingegen nahmen die p. t. Herren Unteroffiziere die Kosten der prachtvollen Fahne auf sich, welche „durchgehends aus vaterländischen Stoffen angefertigt wurde“. Die reich gestickten mit Silber durchwirkten Fahnenbänder waren Geschenke der „hochgeborenen, edlen schweizerischen Fahnenmütter“, der F. F. Gräfin Karoline Karolvi und Antonia Batthyány, geborne Gräfinnen Zichy. Zu bemerken ist, daß die Mitglieder des neuen Korps einstimmig beschlossen hatten, „Fahnenpathinnen zu ernennen, deren Gatten wirklich incorporirte Bürger der königlichen Freistadt Pesth sind; daher nur wirkliche Pesther Bürgerinnen zu wählen“, die wirklichen Pester Bürgerinnen aber war eben das erwählte „hochgeborene Schwesterpaar“.

Um den Glanz der am 15. August 1844 auf dem historischen Rákósfelde stattgehabten Fahnenweihe des „Pesther ungarischen bürgerlichen Infanteriekorps“ würdig schildern zu können, müßten

Vorbedingung des Wachstums der Staatseinnahmen. Wir hegen für die Entwicklungsfähigkeit unserer Staatseinnahmen die besten Hoffnungen. Der Ertrag unserer direkten Steuern hat sich in fünfundsiebenzig Jahren nahezu verdoppelt, jener der indirekten Steuern sogar mehr als verdreifacht. Eine gute Steuerpolitik kann noch immer beträchtliche Resultate aufweisen, doch darf auch nicht vergessen werden, daß nur die allgemeine Prosperität, nicht aber neuerliche Steuererhöhungen jene Quelle bilden können, aus welcher der ungarische Finanzminister in der Zukunft schöpfen kann. Die Aufgaben der Finanzpolitik fallen demnach bei uns in der nächsten Epoche fast gänzlich mit jenen der Wirtschaftspolitik zusammen. Nach Lösung der Valutafolge wird hoffentlich der Staat längere Zeit hindurch nicht an den Geldmarkt appellieren müssen. Der Finanzminister wird einstweilen nicht mehr oder nur exeptionell und zu produktiven Zwecken als Konkurrent der Privatwirtschaft auf dem Kapitalmarkt auftreten. Es steht also der Sättigung aller Zweige unserer Volkswirtschaft mit Kapital nichts im Wege. Eine wesentliche Vorbedingung der allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität ist hiemit gegeben und bei kluger Mäßigung können wir mit Beruhigung der Zukunft entgegenblicken.

Budapest, 13. April.

* Die Budgetdebatte wird im Abgeordnetenhaus in kurzer Zeit zum Abschluß gelangen. Nach Erledigung des Budgets wird das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf über die Gehaltsregelung der Volksschullehrer, ferner den Gesetzentwurf über die an den Staatsbahnen durchzuführenden Arbeiten, zu denen auch die Legung des zweiten Geleises von Batzen nach Gran-Mána gehört, in Berathung ziehen.

* Die Wirtschaftskommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Bezug auf die Abgeordnetenbezüge zu beantragen, daß für die ersten vier Monate des Jahres an die Abgeordneten eine Nachtragszahlung von je 127 fl. 50 kr. zu leisten sei. Betreffs der Bezüge für die restlichen acht Monate des Jahres wird die Kommission noch vor 1. Mai dem Hause einen Vorschlag unterbreiten. Betreffs der Dienstespragmatik der Beamten des Abgeordnetenhauses wird der ältere Entwurf im Sinne des G.-N. IV. v. J. 1893 umgearbeitet und dann dem Hause neuerdings unterbreitet werden.

* Die Rechtskommission des Abgeordnetenhauses hat heute unter Vorsitz Franz Chorin's die Generaldebatte über den auf das Verlassenschaftsverfahren bezüglichen Gesetzentwurf durchgeführt. Nachdem Referent Franz Krácsi, ferner Ludwig Horváth, Armin Neumann, Minister Szilágyi, Paul Wandel, Géza Polonyi, Julius Wlassics, Peter Matúška, Emerich Bester, Theophil Fabiny und Daniel Dabtar zur Vorlage gesprochen, wurde dieselbe einstimmig zur Basis der Spezialberathung angenommen. Letztere wird am 18. d. beginnen.

* Die Angelegenheit der Csaczaer Abgeordnetenwahl wurde heute von der achten Gerichtskommission des Abgeordnetenhauses verhandelt. Zunächst verlas der Referent Géza Makfalva das Wahlprotokoll und den Beschluß der ständigen Verifikationskommission, welche das Wahlprotokoll

wegen Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen in Betreff des einstündigen Schlußtermins demängelt hat. Die Verifikationskommission beschloß auf Antrag des Referenten einhellig, die Gültigkeit der Wahl aufrecht zu halten und den in Csacza gewählten Abgeordneten Leo Lánczy endgültig zu verifizieren. In der Motivierung wird hervorgehoben, daß zwar nur ein halbstündiger Schlußtermin statt eines ganzstündigen anberaumt wurde, daß aber Lánczy damals bereits die absolute Majorität hatte, da von 1437 Stimmen 1002 auf ihn gefallen waren, so daß die Anberaumung einer vollen Schlusstunde für die Bildung der Majorität von keinerlei Einfluß war. Aus diesen Gründen mußte im Sinne des §. 71 der Hausordnung die Gültigkeit der Wahl aufrechterhalten und der gewählte Abgeordnete endgültig verifiziert werden.

* In ihrer heutigen Sitzung hat die volkswirtschaftliche Kommission des Abgeordnetenhauses die Handelsverträge mit Schweden und Norwegen, mit Korea, dann mit Serbien, sowie die mit dem letzteren Staate geschlossene Veterinärkonvention, endlich den Markenschutzvertrag mit Rumänien verhandelt und gutgeheißen.

* In der heutigen Konferenz der Unabhängigkeitspartei wurden die einzelnen Posten des Finanzbudgets verhandelt. Sodann meldete Adam Horváth, daß er in Angelegenheit der im Kollinath-Regiment vorgekommenen sechs Selbstmorde interpellieren werde.

* Bekanntlich wurde der Antrag, die Regierung solle verfügen, daß die Strafe des Kurzschliefens und Anbindens in der Gendarmerie, in der Honvédarmee und bei der Gendarmerie abgeschafft werde, vom Abgeordnetenhaus abgelehnt. Mit dieser Ablehnung ist aber, wie „Pesti Hírlap“ erzählt, die Frage nicht als definitiv erledigt zu betrachten. Viele Mitglieder der liberalen Partei hätten vor den Mitgliedern der Regierung erklärt, daß diese grausamen Strafen nicht beizubehalten wären; sie hätten wohl gegen den Antrag wegen seiner Form gestimmt, doch halten sie es für notwendig, daß die Regierung wegen Abschaffung dieser Strafen Schritte thue. Diese sollen von kompetenter Seite auch in Aussicht gestellt worden sein.

* In Folge der Ernennung Stephan Károlyi's zum Präsidenten des Staatsrechnungshofes hatte heute die Schlußrechnungskommission des Abgeordnetenhauses einen neuen Präsidenten zu wählen. Die Wahl fiel auf den Abgeordneten Ludwig Fesl, der für das ihm entgegengebrachte Vertrauen dankte und erklärte, er werde sich bemühen, den Präsidentenpflichten voll nachzukommen.

* Wie aus Wien gemeldet wird, sind die Delegirten der ungarischen Regierung vorgestern zur Wiederaufnahme der rumänischen Handelsvertragsverhandlungen dort eingetroffen, wofolst auch der Delegirte der rumänischen Regierung, Papiniu, weilte. Der Abschluß des Zollvertrages gilt als wahrscheinlich.

Ausland.

Budapest, 13. April.

Die belgischen Unruhen.

In Belgien sind bekanntlich Volkserhebungen nicht eben selten. Die gestrige Kammerentscheidung gegen das allgemeine Stimmrecht hatte größere Demonstrationen im Gefolge, gegen welche mit Waffengewalt eingeschritten werden mußte. Parallel mit diesen Demonstrationen geht die allgemeine Strike-Bewegung, welche immer größere Dimensionen annimmt. Ueber die belgischen Vorgänge liegen uns aus Brüssel folgende Mittheilungen vor:

Während in der gestrigen Kammeritzung die

drungen und begeistert.“ Ueberschwänglich lauten die Berichte des Chronisten auch über die Diners und Soupers, welche aus Anlaß des Festes und zu Ehren der auswärtigen Gäste gegeben wurden. Vom Arrangement eines im Ofner Sommertheater gegebenen Diners heißt es, „es war in der That höchst geschmackvoll, man könnte sagen ästhetisch angeordnet und gemahnte an die olympischen Festmahle der Mythenzeit.“

Wir brechen hier die Erinnerungen an Altpest und seine Bürgermiliz ab. Es brachen schwere Zeiten über das Land und die Hauptstadt herein und die Bürgerschaft hatte ganz andere Sorgen, als militärische — Spielereien. Interessiren wird die Entstehung der Pest-Ofner Bürgermilizen, die keine mehrhundertjährige Geschichte aufzuweisen hatten, wie zum Beispiel die Wiener Bürgermiliz. Bis 1789 hatten in den Schwesterstädten nur Schützengesellschaften bestanden, die „das erheiternde Scheibenschießen pflegten“. In dem erwähnten Jahre jedoch, in welchem der letzte Türkenkrieg stattfand, „erhielten die löblichen Magistrate durch die hohe Staatshalterei vom ungarischen Generalkommando die Weisung, in Abwesenheit der Garnison des k. k. Militärs sämtliche Militärwachen von der Bürgerschaft versehen zu lassen“. Das die Entstehungsursache der Pest-Ofner Bürgermilizen; heute freilich ist ein solcher Anlaß kaum denkbar, ist doch die Budapestener Garnison mehr als zehntausend Köpfe stark, von den ungezählten Reservisten und „Landtrümmern“ ganz abgesehen.

Deputaten über die Papierreform vertrieben und abgestimmt, umbrachte der Lärm der angelammelten Volksmassen den Palast der Nation und die Umgebend. Die schwer mißhandelten Polizisten waren unvermögend, die Ruhe aufrechtzuerhalten und den Einbruch der Menge in die neutrale Zone zu verhindern. Berittene Gendarmerie intervenirte; sie wurde mit Steinwürfen empfangen. Man riß Pfastersteine auf und schleuderte sie gegen die Gendarmen. Unter den Manifestanten befanden sich zahlreiche Weiber, die sich am wildesten geberden. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen, Ladensfenster eingeschlagen. Paul Janson wurde in der Rue Royale, als er von der Kammer kam, jauchzend von der Menge begrüßt, dagegen die Deputirten der Rechten ausgezittelt. Seit 6 Uhr Abends in die Bürgergarde unter Waffen. In den meisten Werkstätten Brüssels wird gefeiert. In dem Borinage und dem Hennegau sind alle Grubenleute ausständig. Selbst die Belegschaft Mariemont stellte die Arbeit ein. Auch von Berviers signalisirt man hochgradige Aufregung.

Bis nächsten Dienstag hofft der Kabinettschef Beernaert den größten Theil seiner Majorität, trotz aller Gegenbemühungen des ultramontanen Staatsministers Wosté, für das allgemeine Stimmrecht mit Pluralstimmen gewonnen zu haben und dadurch die Revisionskrisis glücklich zu beenden, da die äußerste Linke mit ihm diesbezüglich einig ist. Damit wäre dem Generalausstande, der eine sehr bedenkliche Ausdehnung gewinnt, ein Ende gemacht. Im Borinage feiern bereits 10,000 Grubenarbeiter. Nachträglich vernimmt man, daß bei den heutigen Zusammenstößen der Arbeiter mit der Polizei, den Feuerwehrlenten und der berittenen Gendarmerie mehrfache Verwundungen vorkamen, da die Gendarmerie, mit einem Steinhagel empfangen, scharf einhieb. Das von Johann Bolders redigirte sozialistische Blatt „Le Peuple“ führt eine revolutionäre Sprache, nennt die Kammer infam und veröffentlicht unter dem Titel „Am Schandspah!“ die Namen aller Deputirten, die gegen das allgemeine Wahlrecht gestimmt haben. Seitdem die Revisionskrisis akut gemordet ist, hat König Leopold Laefen nicht verlassen.

Heute wird aus Brüssel telegraphirt: Der Generalrath der Arbeiterpartei trat gestern zusammen und empfing die Delegirten aus der Provinz. Es wurde ein Schreiben des Brüsseler Deputirten Ferron (Progressist) verlesen, worin die Arbeiterpartei ersucht wird, den Strike aufzugeben. Der Generalrath ging über dieses Schreiben zur Tagesordnung über und beschloß, den Strike fortzusetzen. Abends durazogen mehrere Schaaren unter Abführung revolutionärer Lieder die Straßen der Stadt. Ein Theil der Bürgergarde wurde zusammenberufen und die gesammte Volkseimannschaft zusammengezogen. Größere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Die Stadt ist im Uebrigen ruhig. — Das gestern Abends in dem sozialistischen Klublokal „Boeruit“ abgehaltene Meeting beschloß, den allgemeinen Strike zu beenden. — In dem Kassenverste von Honvent wurde 24 Quantität Dynamit geraubt. Die Thäter unbekannt.

Lokal-Anzeiger.

Städtische Neuigkeiten.

Budapest, 13. April.

* **Traurige Zustände.** In der heutigen Magistratsitzung wurde über den Fortgang der Wasserwerksarbeiten Bericht erstattet. Das betreffende Referat machte einen überaus peinlichen Eindruck. Auf die seitens des Magistrats schon früher gestellte Frage, in welcher Weise dem neuerdings sich fühlbar machenden Wassermangel abgeholfen werden könnte, erwiderte die mit der Beaufsichtigung der Wasserwerksarbeiten beauftragte Spezial-Kommission, daß sich vorderhand nichts Anderes thun lasse, als den Wasserverbrauch so weit nur möglich einzuschränken und namentlich das Bespritzen der Straßen aus den Hydranten einzustellen. Was die Wasserwerksarbeiten selbst betreffe, so müsse mit Bedauern zur Kenntniß des Magistrats gebracht werden, daß auf der ganzen Linie Verzögerungen eingetreten seien. Die kleinen Werke, die aushilfsweise auf der Pester und auf der Ofner Seite herzustellen sind, sollten sich programmgemäß bis zum Monate Mai in betriebsfähigem Zustande befinden, doch sei keine Hoffnung mehr vorhanden, daß dieser Termin werde eingehalten werden können. Die Maschinen in den Fabriken seien zwar fertig, allein die Maschinenhäuser seien es noch nicht, ja auf der Ofner Seite habe man den Bau erst in den jüngsten Tagen in Angriff genommen, so daß es nicht möglich sein werde, die Maschinen aufzustellen und in Betrieb zu setzen. Ebenso unbefriedigend sei auch der Fortgang der Arbeiten zur Herstellung des definitiven Wasserwerks. Wenn die Abhrenslegung nicht rascher erfolge als bisher, werde man noch in drei bis vier Monaten damit nicht fertig sein. — Der Bericht begnugte dem größten Mißfallen, das auch von mehreren Magistratsräthen in Worte der Entrüstung gekleidet wurde. Noch niemals — hieß es — habe man so freigebig die geforderten Kredite bewilligt, wie in diesem Falle, und noch niemals seien öffentliche Arbeiten von allen Seiten, vom Municipium sowohl als auch vom Minister des Innern, in solcher Weise unterstützt worden, wie in diesem Falle, und wenn gleichwohl größere Verzögerungen von der Art, wie sie hier zur Anzeige gekommen, eingetreten seien, so könne jenen Organen,

wir unsere Feder in die Begeisterung und den Jubel tauchen, welche dazumal in den Kreisen der Bürgerschaft unseres guten Pest herrschten. Einladungen waren nicht nur an sämtliche Würdenträger des Landes, sondern auch an die Schwesterkorporationen in Wien, Stuhlweissenburg, Szegedin, Raab, Gran u. s. w. ergangen, und Alle hatten dieser Einladung Folge geleistet oder aber „motivirte Entschuldigungen“ gesendet. Die Gäste aus Wien und der Provinz wurden entsprechend fetirt. Am Vorabend der Fahnenweihe brachte das erneuerte löbliche ungarische Infanteriekorps der hochgeborenen Fahnenmutter Gräfin Karoline Károlyi eine glänzende Fackelzerenade, wobei mehr denn hundert reine Wachsfackeln ein Flammenmeer über die Straßen, welche das Korps durchzog, verbreitete“. Die Einweihung der Fahne wurde vom Bischof Majthényi in Vertretung des Fürstprimas vorgenommen; die Musikbände der neuen Miliz führte unter der Leitung ihres Kapellmeisters Beethoven's Messe mit großer Präzision aus. Wir müssen es uns versagen, die von patriotischem Feuer durchglühnten Festreden zu reproduziren, und wollen nur mit dem zeitgenössischen Schilderer konstatiren, daß „ein glänzenderes, erheoberes, Geist und Gemüth anregenderes Bürgerfest wohl vielleicht seit dem Bestehen der Schwesterstädte in ihren Mauern nicht gefeiert worden ist. Nicht nur jeder Bürger, sondern auch jeder Einwohner beider Städte war von der Erregung eines erneuten, allgemeinen Nationalgefühls, welches im Geiste dieses Festes sich kundgegeben hatte, durch-